

Prisching, Manfred

Article

Themen einer sozialpartnerschaftlichen Politik in einer neuen Welt

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Prisching, Manfred (2002) : Themen einer sozialpartnerschaftlichen Politik in einer neuen Welt, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 28, Iss. Sonderheft, pp. 83-104

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332635>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Themen einer sozialpartnerschaftlichen Politik in einer neuen Welt

Manfred Prisching

Eine neue postindustrielle¹, posttayloristische oder postfordistische² Wirtschaftskonstellation beginnt sich zu formieren, und wie dies mit einem umfassenden Wandel der Produktivkräfte nun einmal so ist: Sie scheinen einer neuen gesamtgesellschaftlichen Konstellation ihre Charakteristik aufzuprägen – „alles Ständische, alles Althergebrachte, alles Verknöcherte und Verkrustete verdampft.“ Man kann das bejubeln oder betrauern; nüchtern ist festzustellen, dass die alten Ortsbestimmungen vielfach nicht mehr hilfreich sind. Dies gilt für die großen Interessengruppen, für die weltanschaulichen Positionen, für die wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Instrumente. Es geht um neue Paradigmen, die sich in unseren Köpfen formen müssen, wenn wir mit dieser neuen Welt zurecht kommen wollen.

Es wäre verwunderlich, wenn der umfassende Wandel, der auch ein Wandel des Staates und ein Wandel des Politikmachens ist, die Sozialpartnerschaft unberührt gelassen hätte. Die Sozialpartnerschaft hat nicht nur zu den Zutaten eines vagen österreichischen Identitätsbewusstseins³ gehört (und allzu viele stützende Elemente für eine solche Identität, mit denen man unbefangen umgehen hätte können, hat es ja nicht gegeben); sie hat auch auf der internationalen politikwissenschaftlichen Szene einen Sonderfall dargestellt: Österreich war immer ein Musterbeispiel für ein korporatistisches Land.⁴ Das „korporatistische“ Regierungsmodell⁵ wurde zwar unterschiedlich definiert, aber Österreich war jedenfalls in allen verfügbaren Definitionen ein gutes und erfolgreiches Beispiel. Man führte das österreichische Wirtschaftswunder nicht zuletzt auf die sozialpartnerschaftlich gewährleistete Friedlichkeit der sozialökonomischen Beziehungen in diesem Lande zurück; aber man stellte zunehmend auch fest, dass in den letzten zwei Jahrzehnten die Stärke und zugleich die Problemlösungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft kontinuierlich abgenommen haben: Es begann sich eine Reformangst breit zu machen, die sich gegen die Tendenzen der globalen Entwicklung wendete, zunehmend verkrampft an alten Sitten und Gebräuchen festhielt, sich gegen eine Professionalisierung des politischen Apparats wendete und langsam in eine gewisse Krisenhaftigkeit schlitterte. Dabei lässt sich – auf Grund der engen Verflechtungen – nicht immer trenn-

scharf unterscheiden, welche Schwächen bei den Sozialpartnern selbst und welche bei den ihnen verbundenen Parteien begründet waren. Insgesamt hat sich der Eindruck verbreitet, dass die Sozialpartnerschaft nicht nur eine kontinuiertsgarantierende Konstellation politisch relevanter Kräfte darstellt, sondern auch auf eine Welt der Kontinuitäten angewiesen ist – und das heißt: in einer turbulenten Welt mit ihren Instrumenten und ihrer Weltsicht in Schwierigkeiten gerät.

Nun handelt es sich hierbei, wie dies in solchen Fällen immer der Fall ist, nicht (nur) um die mangelnde Erkenntnis- oder Anpassungsfähigkeit einzelner Personen, denen die Schuld an allem zuzuschieben wäre, sondern auch um einen so tiefgreifenden Wandel äußerer Umstände, dass eine ganze Reihe von Voraussetzungen für die stabile sozialpartnerschaftliche Ordnung herkömmlicher Prägung in einem nationalstaatlich beherrschbaren System weggefallen ist.⁶ Die alte Politik wurde weitgehend obsolet; ein neues Bild des Staates begann sich herauszubilden; eine neue internationale Konstellation kam hinzu. Alles das ergibt eine neue Situation, und die Sozialpartnerschaft muss ihre „Bilder“ davon, was vor sich geht, und ihre Vorstellungen davon, was hinfort politisch gemacht werden kann, revidieren, wenn sie eine Chance haben will, bei der Politikgestaltung wieder stärker mit im Spiel zu sein. Da sich heute kein Staat mehr als eine Art von obrigkeitlicher Monopolverwaltung verstehen und als Schutzwall vor der Flexibilisierung aller Verhältnisse profilieren kann, ist jene Form der Sozialpartnerschaft – die, manchmal auch in überzogener Weise, als „Verhinderungsgemeinschaft“ mit überholten Perspektivierungen von Problemlagen angesehen wurde – Vergangenheit. Zudem ist es schwierig, in turbulenten Zeitläufen Unbeweglichkeit von Kontinuitätswahrung zu unterscheiden, die unzureichende Wahrnehmung von Veränderungserfordernissen von der bewussten Positionierung einer Verweigerungshaltung, die nicht allen Modernismen applaudierend nachläuft. Da aber zugleich auch die klassische weltanschaulich gefügte Parteienkonstellation in die Vergangenheit abgedriftet ist, haben die Rearrangements im parteipolitischen Bereich den Manövrierspielraum der Interessenorganisationen weiter eingeeengt. Es geht nunmehr um die *Entwicklung eines geistigen Rahmens für eine neue Sozialpartnerschaft*. Die folgenden Bemerkungen können nur eine allgemeine Skizze für eine Auseinandersetzung liefern, die vertieft werden muss und sich letztlich an politischen Details konkretisieren muss. Angesichts des Kontexts dieser Ausführungen wird der Arbeitnehmerseite und ihren Institutionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

1. Von der politischen Verfügbarkeit zur neuen Flexibilität

Einst gab es einen Nationalstaat, in dem die jeweilige Regierung (fast) machen konnte, was sie wollte – freilich mit abnehmender Wirksamkeit in Anbetracht hoher Außenwirtschaftsverflechtungen. Wirtschafts- und Sozialpolitik waren aber im Grunde eine nationalstaatliche Angelegenheit. Wenn sich die Sozialpartner einig waren, konnten sie mit Hilfe der Regie-

rung ihre Pläne durchsetzen,⁷ und da sie auch mit Regierungs-, Partei- und Legislativinstitutionen enge Verflechtungen aufwiesen, wurde ihnen dieser Freiraum in der Tat oft gewährt.⁸

Das ist grundlegend anders geworden: Herkömmliche *nationale Sozialpartnerpolitik* kann in einer *transnationalen Politikszene* nicht mehr betrieben werden, weil die herkömmlichen Themen und Instrumente nicht mehr im politischen Zugriffsbereich liegen. Geldpolitik kann es im gemeinsamen Währungsraum nicht mehr geben⁹, und Fiskalpolitik ist für einzelne Staaten so gut wie sinnlos, allenfalls auf europäischer Ebene in konzertierter Aktion realisierbar.¹⁰ Preis- und Mengenfestlegungen sind obsolet geworden; Marktregulierungen sind dem innerstaatlichen Zugriff immer mehr entzogen; und was europäische Verbote in dieser Hinsicht nicht leisten, das bringt der neoliberale Zeitgeist zuwege. Vieles an der traditionellen Sozialpartnerpolitik lief ja auf Wettbewerbsbeschränkung hinaus; nun aber gibt es einen europäischen Wettbewerb und eine europäische Behörde, die über das Konkurrenzgeschehen wacht, und das Konkurrenzgeschehen hat an Härte gewonnen. Man kann als Bundes- oder Landesregierung Unternehmen nicht mehr nach Belieben subventionieren, auch wenn die Betriebsräte zusammen mit den Arbeitgebern noch so heftig intervenieren, oder man muss zumindest beachtliche rechtliche Kunstgriffe zuwege bringen, um die eine oder andere versteckte Förderung doch noch zu bewerkstelligen. Die alten verstaatlichten Betriebe, die man einst im bequemen Hausmacht-Zugriff hatte, gibt es nicht mehr, genau so wenig wie Post, Bahn und Elektrizitätswirtschaft als politische Vorfeldorganisationen; und selbst die Banken kämpfen hart im internationalen Wettbewerb.

Dieser Wandel hat viele politische Akteure in Verwirrung gestürzt. Man hat am Gewohnten über die Zeit hinaus festgehalten, weil man sich Alternativen nicht vorstellen konnte, vor allem aber auch, weil eingesessene Machtgruppen nicht wahrnehmen wollten, dass ihnen sämtliche Stützpfeiler wegbrachen; das gilt für die seinerzeitige Verstaatlichte Industrie ebenso wie auch heute für den landwirtschaftlichen Bereich. Zugleich akkumulierten sich im Laufe der Zeit etliche Probleme, die verschoben und verdrängt wurden. Der politische Immobilismus¹¹ in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts – die „verschwiegene Sklerose“ Österreichs – hat viele Gesichter, und um sie wahrzunehmen, muss man keineswegs ein blinder Bejubler jenes Wandels sein, der nur des Wandels halber vorgenommen wird. Über Pensionsreformen wurde Jahre, ja eigentlich Jahrzehnte geredet, ohne dass sie auch nur zaghaft angegangen wurden. Im Bildungsbereich wurde herum dilettiert, ohne wirklich etwas zu bewirken. In der Ökologie gab es eine Politik der sehr kleinen Schritte. Im Gesundheitsbereich traute man sich über keine System-Reformen. Die Staatsverschuldung explodierte in der Endphase der großen Koalition, als man alle vorherigen, bereits zaghaft unternommenen Konsolidierungsversuche endgültig einstellte. Wenn – von welcher Seite auch immer – ein Problem thematisiert wurde, stemmten sich jeweils einflussreiche Interessengruppen dagegen, weil sie nicht einsehen konnten, dass jene Politik, die immer

richtig gewesen war, nunmehr nicht mehr stimmen sollte. Die österreichische Pfründenverteilungspolitik wurde immer unzeitgemäßer, ebenso wie jene österreichische Konfliktvermeidungspolitik, die auf der gleichmäßigen Bedienung aller Beteiligten durch öffentliche Gelder fußte.

Das politische Handlungsrepertoire hat sich nunmehr verändert: Bei geschlossenen Grenzen¹² braucht man nicht wirklich Standortpolitik zu machen, bei offenen Grenzen ist die Standortpolitik (unter Einschluss von Technologie-, Forschungs-, Bildungs-, Infrastrukturpolitik) beinahe das einzige verbliebene wirtschaftspolitische Instrumentarium.¹³ Standortpolitik ist jedoch eine „neue“ Politik. Das Betreiben von Standortpolitik ist ein abstraktes Geschäft (im Vergleich mit der Vergabe konkreter politischer „Wohltaten“), ein komplexes Geschäft (weil es nicht mehr nur um simple „Ankurbelung“ im Sinne seinerzeitiger Fiskalpolitik gehen kann) und ein langwieriges Geschäft (dessen Erfolg ungewiss ist, ja nicht einmal nachträglich in seiner Kausalität wirklich nachgewiesen werden kann). Es geht um eine *Revision der Machbarkeiten*: Die Sozialpartner sind nicht mehr Herren im eigenen Hause Österreich, und somit ist eine „Hausherrenmentalität“ nicht mehr angebracht. Man muss die Wahrnehmung der Wirklichkeit zurechtrücken.

Zu den Elementen der herkömmlichen „Verfügbarkeitsattitüde“ gehörte ein wohlausgeprägtes *Besitzstandsdenken*. Die Perspektive der Arbeitnehmervertretung ist von der geschichtlichen Erfahrung geformt, derzufolge man auf friedlichem Wege beachtliche Erfolge einfahren kann, wenn man hartnäckig jeweils kleine Schritte durchsetzt und das Erreichte vehement verteidigt. Aber dieser an sich sinnvolle Weg genügt nicht in allen Situationen, und in turbulenten Zeiten macht er notwendige Reformen unmöglich. Die alte Wachstumslogik – *Arbeitnehmerpolitik heißt Inflationsrate plus drei Prozent* (und ein paar Schutzbestimmungen dazu) – ist (a) an eine hohe Wachstumsrate und (b) an einen kontinuierlichen Wachstumspfad gebunden. Aber zu den Reformrestriktionen in schwächeren Wachstumsphasen hat Lester Thurow in seiner „Null-Summen-Gesellschaft“ seinerzeit schon das Nötige gesagt¹⁴, und dass man in Zeiten der Globalisierung und der Wissensgesellschaft nicht mehr von „kontinuierlichen Pfaden“ sprechen kann, bedarf keiner näheren Erläuterung. Wenn zudem bestimmte Entwicklungen absehbar in Schwierigkeiten führen – vom Pensionsystem bis zur Ökologie –, dann stimmen die Prämissen einer solchen Politik nicht mehr. Österreich ist nicht (mehr) allein auf der Welt, und Vergleiche mit anderen Ländern können nicht abgetan werden. Öffnung ist angesagt, ohne dass deswegen alles, was erreicht worden ist, über Bord geworfen werden soll (und darf). Aber genau das gilt es zu analysieren und auseinanderzuhalten: Wie macht man *grundsätzliche Reformen*, ohne *soziale Errungenschaften* aufzugeben? Es ist eine anspruchsvollere Politik als jene, die Stück für Stück auf das Erreichte aufsetzen konnte; denn sie soll ja auch nicht in einen stückweise verhandelbaren Rückbau münden. Die Arbeitnehmerpolitik hat sich zu wandeln: *vom linearen Inkrementalismus* (mehr vom Gleichen) zum *inkrementalen Redesign* („anders“, ohne

dass es schlechter, ja damit es vielleicht sogar besser wird) von Politikbereichen. Sie braucht soziale Phantasie, Mut zum Experiment und die Fähigkeit zur Fehlerkorrektur.

2. Von den Milieus zu den Interessen

Die korporative Interessenvertretung beruhte auf geschlossenen Klassen mit abgrenzbaren Interessenlagen, aber diese sind in einer individualisiert-pluralisierten Gesellschaft immer weniger zu finden. Man trifft jetzt auf Milieus und Lebensstilgruppen, auf Individuen mit ganz unterschiedlichen Interessen und Wünschen.¹⁵ Herkömmliche Sozialpartnerpolitik hat auf großen Aggregaten beruht. Wenn aber jede Gruppe Klienten mit ganz unterschiedlichen Interessen und zum Teil mit gegensätzlichen Vorstellungen zu vertreten hat, wie dies in einer „Lebensstilgesellschaft“ anstelle einer „Klassengesellschaft“ der Fall ist, wissen die Vertreter der Sozialpartnerpolitik nicht mehr, was sie wollen sollen. Die Interessenvertretungen haben sich damit abzufinden, dass die Voraussetzungen für eine kollektiv durchgeplante *Normalbiographie* (einschließlich des „Normalarbeitsverhältnisses“) ebenso wie die Voraussetzungen für eine lebensweltlich gesättigte Solidarität in einheitlicher Weltanschauung dahingeschwunden sind: Es gibt nicht mehr die Arbeitersiedlungen, die lebenslangen Arbeitsplätze, die geschlossenen Lebenskreise¹⁶; es gibt auf der Arbeitgeberseite auch immer weniger jene große Zahl von Kleinunternehmern, die eine lebenslange Bindung an die Entwicklung ihrer Firma hatten. Es steigt die *Volatilität* auf allen Seiten.

Die Weltanschauungsparteien lösen sich ebenso auf wie die Interessenvertretungen. „Der Typus der auf relativ homogenen sozialen Milieus beruhenden Weltanschauungspartei, die zugleich einen lebenspraktischen Rahmen für ihre Gefolgschaft ‚von der Wiege bis zur Bahre‘ bildet, gehört der Vergangenheit an. Es gibt keine säkulare soziale Bewegung mehr, die, wie es prototypisch für die Arbeiterbewegung zutraf, den gesamten Lebenszusammenhang von der Regulierung der Arbeit über die politische Interessenvertretung bis hin zur kulturellen Reproduktion gleichsam in einer Paketlösung zu organisieren verspricht.“ Das hat Folgen: Eine Entwicklung von der politischen *Beheimatungsattitüde* zur Mentalität einer Inanspruchnahme von *Serviceleistungen* setzt ein. „Parteien und Verbände sind in ihren heutigen Funktionen spezifischer und zugleich leistungsfähiger geworden; sie verstehen sich zunehmend als Dienstleistungsunternehmen [...], die man situativ beansprucht. Parteien sammeln Wählerstimmen, Interessenverbände suchen bestimmte Fachpolitiken zu beeinflussen, aber sie bieten kaum mehr ganzheitliche Entwürfe, in denen Fragen der sozialen und politischen Ordnung mit denen der alltäglichen Lebenspraxis aufs engste verknüpft werden. Wie im Falle der Erwerbsarbeit treten individuelle Motive und organisatorische Zwecke auseinander [...] Man ist nicht Mitglied im ADAC (Allgemeiner Deutscher Automobil-Club), weil man seine Verkehrspolitik unbedingt gutheißt, sondern seine Pannenhilfe schätzt. Man

bleibt nicht in der Gewerkschaft aus Klassenbewusstsein, sondern weil man auf ihre Hilfe im Fall einer arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung hofft.¹⁷ Die politischen Parteien ebenso wie die Interessenvertretungen werden, wie Sozialwissenschaftler nicht müde werden zu betonen, von „Mitgliederorganisationen“ auf der Grundlage von Solidarpakten zu Vertrags-, Service- und Versicherungsorganisationen.¹⁸

Aber das ist nur die halbe Wahrheit; man soll die Vernunft der Menschen ebenso wenig überschätzen wie man an ihrem Egoismus und an ihrer Kurzsichtigkeit verzweifeln soll – das schlichte Autofahrer-Club-Modell erschöpft nicht die Eigenart des politischen Bereichs. Ein Blick auf drei Aspekte – Politiker, Medien und Experten – ist angebracht, um die Politikszene etwas ausführlicher zu beschreiben.

Erstens: Die Qualität der „*politischen Diskussion*“ ist verbesserungsbedürftig, wenn das politische Geschehen nicht tatsächlich in den „Service-Sektor“ abgleiten soll. Es gibt in diesem Lande viele Politiker, die nie etwas anderes gelernt haben als „Untergriffe“ und die deshalb zu einer seriösen Sachdiskussion unfähig sind – da ist das Klima bereits in Deutschland viel besser. Es gibt auch hinreichend viele Politiker, die glauben, sich über Rechtsregeln (und seien es Regeln der Verfassung) ebenso wie über Verfassungsinstitutionen (und sei es der Verfassungsgerichtshof) ungeübt hinwegsetzen zu können – weil eben in Österreich augenzwinkernde Umgehungsstrategien zum normalen politischen Leben gehören. Ebenso gibt es Politiker, die nach wie vor glauben, sich auf Dauer ungestraft ihre „Freundeskreise“ durch Geldvergaben absichern zu können, auf dass ihnen selbst hinterdrein, wenn sie aus der Politik ausscheiden, ein lukrativer Direktorenposten winke. Die Zeit der politische Erbpachten für die geschlossene Besetzung und Versorgung von Funktionärsriegen ist in seriösen administrativen und intermediären Systemen abgelaufen. Alle Demokratien sind so schlecht, dass solche Bestrebungen immer vorhanden sind; aber die meisten sind so gut, dass es auch permanente Konflikte gibt mit Leuten, die sich erfreulicherweise dagegen wehren. Österreich ist institutionell „aufgelockert“, aber es ist noch lange kein wirklich „liberales“ Land: mit einem hinreichenden Maß an Rechtsstaatlichkeit; mit Selbstbewusstsein und Mündigkeit der Bürger; mit einem kompetenten Mediensystem, das noch etwas anderes kennt als bejubeln oder heruntermachen. Wir haben noch ein schönes Stück Weges an Liberalisierung vor uns, einer Liberalisierung, die eben auch mit einem „flexibleren“ Verhältnis zu politischen „Beheimatungen“ verbunden ist, und deshalb sollte man nicht allzu schnell Angst davor haben, dass die ganze Szene ein wenig „volatiler“ wird.

Zweitens: Die politische Bindungskraft auf Grund festgefügtter Traditionen ist also geschwunden; aber nach wie vor tragen die Interessenorganisationen (wie auch die herkömmlichen Parteien) dazu bei, die Wirklichkeit zu strukturieren und die Welt zu ordnen. Freilich sind es nicht mehr ausgeklügelte Programme, die öffentlichkeitswirksam werden, sondern es sind *Bündel flottierender, widersprüchlicher und diffuser Haltungen*, die sich

im Publikum finden. Damit ist zu rechnen, und es wäre unrealistisch, den Bedingungen einer mediengeprägten (und vielleicht sogar postmodernen) Gesellschaft nicht Rechnung zu tragen. Allerdings bleibt ein Rest von Authentizität, politischer Erfahrung und Sachverstand vonnöten – und da ist es für die politischen Organisationen zunehmend fatal, dass sie sich schwerer tun, qualifiziertes Personal zu finden. Es ist zum einen nicht damit getan, in den intermediären Organisationen politisch nahestehende Personen, die sonst nirgends landen können, „unterzubringen“, weil auch diese Organisationen auf ihre Effektivität achten müssen; es ist zum anderen nicht damit getan, für die politische Öffentlichkeitsszene als wichtigste Wege zur Politikkarriere nur auf fernsehen- und bürgerinitiativen-erfahrene Proponenten zu setzen. Politik soll man nicht abwerten: Es handelt sich um einen Job, für den man Kenntnisse und Erfahrungen benötigt, soweit die Position mehr sein soll als die Zählstimme eines Hinterbänklers. Die Reduktion des politischen Personals auf Stammtischhegemone (und seien es auch akademische Stammtische) und Bierzeltvirtuosen (bei denen sich ein breites Spektrum von Varianten anbietet) würde zudem die politische und wirtschaftliche Entwicklung auf Dauer beeinträchtigen; die Demokratie ist ohnehin ein anfälliges Gebilde. Interessenverbände weisen im Vergleich mit politischen Parteien, die sich in die Rolle von Marketing-Organisationen begeben, oft eine gewisse „Erden-schwere“ auf, und es fällt ihnen schwer, Medienattraktivität zu entfalten; aber dies hebt sich andererseits auch vorteilhaft von einem allzu luftigen Populismus ab, dessen Anziehungskraft auf Dauer nachlassen könnte, und sie ist ein Gegengewicht gegen beliebige Schwankungen von Mehrheiten, die seit jeher als eines der bestandsgefährdenden Grundprobleme einer demokratischen Ordnung verstanden worden sind.

Drittens: Auch wenn der Auflösungsprozess der Institutionen mit einer Volatilität von Personal und Programm einhergeht, gibt es eine „Hinterbühne“ der *Experten*. Denn zugleich sind die (rechtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, organisatorischen) Verhältnisse derart kompliziert geworden, dass so viel Sachverstand und Expertentum vonnöten ist wie nie zuvor. Die Interessenorganisationen haben auf diesem Gebiet immer punkten können, und tatsächlich ist es verfehlt anzunehmen, man bräuchte keinen institutionalisierten Sachverstand, sondern könne sich im Bedarfsfall die erforderlichen Ratschläge von einer Consulting-Firma besorgen. Die Wahrheit ist, dass der Sachverstand dort nicht zu finden ist: weil es sich um ein „gewachsenes“ Expertentum handeln muss, das in der Zwischenwelt zwischen Wissenschaft und Politik schwebt; das genug Pragmatismus aufweist, um die Grenzen des Machbaren umschreiben zu können, und genug Wahrhaftigkeit, um nicht nur der politischen Legitimierung beliebiger Ideen dienlich zu sein; das letztlich auch einen beträchtlichen Bestand an „tacit knowledge“ aufbauen kann.

Nicht zuletzt diesem pragmatisch disziplinierten Sachverstand ist es zuzuschreiben, dass die Sozialpartnerorganisationen bei ihrer jeweiligen Klientel „Vertrauen“ genießen: Auch wenn im Einzelfall nicht immer nach-

vollzogen werden kann, was im Ganzen vor sich geht, sind die Mitglieder überzeugt, dass grosso modo ihre Interessen gewahrt und verfolgt werden. Es sind Kurzfrist- und Langfristeffekte zu unterscheiden. Lächeln allein genügt nicht. Gags genügen nicht. Medien genügen nicht. Aber auch der ad hoc-Zukauf von Expertenwissen genügt nicht. Das Vertrauen muss gepflegt und bewahrt werden, nicht durch starke Gesten und große Sager, sondern auch durch langfristige Arbeit auf einer institutionell gesicherten Hinterbühne.

3. Von der Obrigkeit zum Verhandlungsstaat

Die Regierung war – nach der österreichischen „Lehre“ – stark, weil sie von den Sozialpartnern unterstützt wurde, die im Hinblick auf die gesellschaftlichen Schichtungen eine große Durchdringungskraft besaßen. Aber die „starke“ Regierung war in Wahrheit immer auch eine schwache: Sie war den Interessengruppen und letztlich der Gesellschaft insofern oft ausgeliefert, als sich die nichtantagonistisch handelnden Partner mit ihren divergierenden Interessen oft auf Kosten eines Dritten, in diesem Falle der staatlichen Kasse, einigten. In der Verstaatlichten Industrie hatten ohnehin die Betriebsräte das Sagen; und öffentliche Einrichtungen wie die Eisenbahn und die Post waren, trotz aller Ineffizienz, ebenso unantastbar wie die Elektrizitätsgesellschaften, trotz aller Pfründenverteilung. Auch diese Zeit geht immer mehr vorbei: Nunmehr erhöht die Internationalisierung die Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen gegenüber ihren Gesellschaften, vor allem auch gegenüber den Interessenverbänden. Die Regierung kann sich auf internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen beziehungsweise auf internationale Zwänge berufen; daher werden viele ihrer Maßnahmen unangreifbar. Plötzlich gibt es Energie- und Postmärkte, und die letzten „unsinkbaren Schiffe“ melden starken Wassereinbruch; viele sind schon unter den sich kräuselnden Wellen verschwunden: „Die Kommission, das Europäische Parlament, Brüssel hat beschlossen.“ Eine zunehmende Menge von Sachverhalten wird durch internationale Expertengruppen reguliert, und die Nationalstaaten haben deren Vereinbarungen mehr oder minder nachzuvollziehen. Das ist nicht notwendig nur negativ zu bewerten, ja die Abgabe der Verantwortung in vielen Bereichen kann sogar als demokratieförderliche Veränderung bewertet werden. Die Internationalisierung, so wird von Politikbeobachtern verkündet, kann zur *Stärkung der Demokratie* beitragen, insofern sie zur Stärkung der Exekutive führt, das heißt zur Rückgewinnung der *Unabhängigkeit der Politik gegenüber der Gesellschaft*. Internationalisierung ist ein Remedium gegen Unregierbarkeit. Die Regierung ist nicht mehr den modischen Alltagsströmungen ausgesetzt, sie hat die Möglichkeit zum bedauernden Schulterzucken. Sie muss keine privilegierenden Interventionen mehr exekutieren: Der gebeutelte Staat gewinnt Autonomie; es ist nicht mehr ein Abtausch-Staat, in dem jede Maßnahme (jeder Posten) „verdoppelt“ werden muss, weil die Zustimmung des anderen „erkauft“ werden muss.¹⁹ Eine Sozialpartnerschaft, die

nur auf „Verdoppelungspolitik“ in diesem Sinne setzt, muss an Terrain verlieren.

Die korporatistische Demokratie war eine Demokratie der Interessengruppen *für* die Bürger. Insoweit die Politisierung aller Bereiche als Gefährdung der Demokratie im Sinne einer Entmündigung der Bürger angesehen werden kann (wofür Österreich natürlich auch immer ein Musterbeispiel war) und Demokratie als Abwesenheit politisierter, freiheitsgefährdender Interventionen in Markt und Zivilgesellschaft angesehen werden kann, in einem *liberalen Demokratieverständnis* also, fördert Internationalisierung (durch pauschale Zurückdrängung staatlicher Intervention) die Demokratie. Hier ist das Paradoxon einer liberalisierenden Politik wirksam: Diese läuft darauf hinaus, dass der Staat einerseits nicht mehr intervenieren *muss* und andererseits nicht mehr intervenieren *kann*: ein Staat, der so *stark* gemacht wird, dass er sich selbst *schwächen* kann.²⁰ In analoger Form findet dieser „Rückzug“ auch bei den Sozialpartnern statt: Sozialpartner, die so „schwach“ sind, dass sie ihre paternalistische Zugriffsfreude auf den Bürger und auf die Politik nicht mehr auszuleben vermögen; die aber „stark“ sind in ihren Kernthemen und ihrer argumentativen Substanz.

Dem ersten Eindruck zufolge mag es sich dabei um ein verheerendes Szenarium für die Sozialpartner handeln; aber auf den zweiten Blick ergibt sich Überraschendes, nämlich der Umstand, dass die Sozialpartner darin eine durchaus moderne Rolle spielen können.

Erstens erfüllt das sozialpartnerschaftliche System einige Kriterien dessen, was man als moderne Politik verstehen kann. Es handelt sich um eine politische Landschaft, in der im Zuge fortschreitender Entstaatlichungsinitiativen die „Zivilgesellschaft“ immer stärker angerufen wird. Nun soll man die Reichweite und Funktionsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Tätigkeiten und Organisationen nicht überschätzen (insbesondere wird man sich nicht erwarten dürfen, dass sich durch derlei Aktivitäten eine wesentliche finanzielle Entlastung für den Sozialstaat ergibt); aber es handelt sich dabei nicht nur um die Freiwillige Feuerwehr, den Gesangsverein und die Sterbehilfe. Vielmehr sind die Interessenorganisationen klassische Einrichtungen einer „Bürgergesellschaft“.

Zweitens ist das Modell des „Verhandlungsstaates“²¹ eines, mit dem die Sozialpartner umgehen können; denn das war immer ihr ureigenstes Terrain. „Mehrebenenpolitik“ ist ein politischer Prozess, der nicht mehr nur in formal streng geregelten Verfahrensweisen abläuft. Er ist informell; hat unterschiedliche Akteure; beruht auf Kontakten, Informationen und Treffen; zielt auf Verhandlungslösungen, mit denen alle leben können; wird immer fortgesetzt. Das war das, was die Sozialpartner immer getan haben; mittlerweile haben sie zwar weitere Mitspieler bekommen und die Szene ist unübersichtlicher geworden, aber das Verhandeln im informellen Kreise unter Wahrung der empfindlichen Punkte der Verhandlungspartner sollte ihnen nicht fremd sein.

Drittens: Die alte, obrigkeitliche Sozialpartnerschaft wird sich an eine gewisse „Horizontalisierung“ der Strukturen gewöhnen müssen; es handelt

sich eher um Netzwerke als um Hierarchien, eher um Wendigkeit als um etablierte Macht, eher um eine „lose Kopplung“ als um eine „enge Kopplung“. Auch hierbei besteht Gewöhnungsbedarf. Aber zugleich ergibt sich dadurch die Chance, eine stärkere Einbeziehung der Bürger zu gewährleisten. Es ist schließlich eine der großen Bedrohungen, dass die Bürger – aus Verdruss oder Indifferenz – einen Massen-Exitus aus demokratischen Prozessen vornehmen.

Viertens: Die demokratiebewussten Vorbehalte gegen die Sozialpartnerschaft – als „Nebenregierung“ – werden durch den Blick auf die neuen europäischen Formen einer *demokratischen Ordnung* hinfällig. Die Sozialpartnerschaft hatte sich als zweite politische Ebene etabliert, so wie andere institutionelle Elemente als balancierende Gewichte im demokratischen System verankert wurden. An Hand der entstehenden europäischen Verfassung wird das klassische Demokratiemodell nunmehr als historisch gewachsene Form bewusst gemacht; es kann durchaus demokratische Formen geben, die nicht der herkömmlichen Funktions- und Kompetenzverteilung von Legislative und Exekutive entsprechen, und das gilt es jenseits eines naiven Demokratismus festzuhalten.

Allerdings gilt es herauszustellen, dass die Sozialpartnerschaft von der Konstruktion her ein *hoch kontingentes System* ist: Es ist wesentlich von Personen geprägt. Das bedeutet zugleich, dass die Vorgangsweise, die Sozialpartner in das politische Boot zu holen, in zweierlei Richtung wirken kann: Erstens kann sie eine Reformpolitik *fördern*, weil ein breiter Konsens aller Gruppen erzielt wird. Zweitens kann sie jede Reformpolitik *verhindern*, weil sich die Gruppen wechselseitig zuverlässig blockieren.²² Erforderlich ist in turbulenten Zeiten ein bewusster Umgang mit der ersten Variante; aber letztlich ist es eine Sache der Atmosphäre, der Kompatibilität der handelnden Akteure und des politischen Anstands, ob sich eher die eine oder die andere Variante durchsetzt. Dies kann durch institutionelle Regelungen nicht wirklich determiniert werden.

4. Von der Gemeinschaftlichkeit zum breiteren Horizont

Im alten Modell waren die Grenzen des Staates auch die Grenzen einer *nationalen Gesellschaft*, ebenso die Grenzen einer Volkswirtschaft im Sinne einer funktional vollständigen und nach außen weitgehend *abgrenzbaren Ökonomie*, weiters die Grenzen einer *Kultur-, Werte- und Solidargemeinschaft*. Darauf haben sich Geldverteilungsaktivitäten gegründet. Die Solidaritätspflicht wurde durch die kulturelle Einheit legitimiert und durch die funktionale Vollständigkeit der Wirtschaft ermöglicht.²³ Österreicher helfen Österreichern.

Diese Optionen sind mit dem dahinschwindenden Modell eines „Container-Staates“, einer abgeschlossenen, scharfrandigen, souveränen Einheit, der Erosion preisgegeben: Bei offenen Grenzen können Verpflichtungen weniger leicht auferlegt werden, und in multikulturellen Gesellschaften ist das Wir-Gefühl komplexer gelagert. In der Europäischen Union

ist die solidarische Perspektive überhaupt weiter gefasst: Österreicher sollen Spaniern, Griechen, Südtalienern, bald auch Slowenen, Ungarn, Polen, Tschechen, Slowaken helfen. Aber die Solidarität, die sich in einer solchen Perspektive wachrufen lässt, ist weniger intensiv, und auch das Umverteilungsvolumen ist weit geringer, als es innerstaatliche Redistributionsprogramme vorgeführt haben. Dazu kommen die generellen Budgetbegrenzungen. Unter diesen Bedingungen sind die Spielräume für Arbeits- und Sozialpolitik geschrumpft, jene Bereiche, die immer die Kernfelder des sozialpartnerschaftlichen Wirkens waren.

Natürlich ist es für sozialpartnerschaftliche Institutionen nicht leicht, mit einer Erweiterung der Europäischen Union fertig zu werden. Auf der Arbeitgeberseite hegen die kleinen Gewerbetreibenden ihre Aversionen gegen das Ausland, weil sie Konkurrenz befürchten, während sich die Industrie über die Aussicht freut, ihr Arbeitskräftepotential aufzustocken. Auf der Arbeitnehmerseite stehen die durchaus vorhandenen internationalen Solidaritätsgefühle mit dem Unbehagen schlechtgestellter Arbeitnehmer, die nicht zu Unrecht eine verschärfte Lage auf dem Arbeitsmarkt voraussehen, in Konflikt. Ähnliche Ambivalenzen finden sich in der Haltung zu anderen Europäisierungsthemen: Natürlich wird man im Zuge der europäischen Erweiterung für eine Neugestaltung der Brüsseler Entscheidungsverfahren eintreten müssen; aber das wird es verunmöglichen, die Sozialpolitik im eigenen Hause zu behalten, und mit europäischen „Freizügigkeiten“ und globalen „GATS-Regeln“ wird manches auf Dauer nicht verträglich sein. Das wird uns die europäische Rechtsprechung zeitgerecht mitteilen.²⁴

Kurz gesagt: Es wird kein politisches Problem geben, bei dem nicht die europäische Ebene und die globale Ebene in Rechnung zu stellen sind. Das macht alle Probleme viel schwieriger; jedes Problem einer *Beschäftigungs- oder Sozialpolitik* ist hinfort nicht allein als „österreichisches“ Problem zu betrachten. Die Vereinbarkeit von *Ökonomie und Ökologie* ist dann nicht auf das Problem des LKW-Verkehrsaufkommens in Tirol zu reduzieren, sondern bedarf einer nachhaltigen und intelligenten Gesamtstrategie; die Arbeitnehmerbewegung ist da in einem Gewöhnungsprozess. Auch die *Multikulturalität* ist weder mit einigen Phrasen über Offenheit und Menschlichkeit und einer diffusen Authentizitätsideologie („Welt umarmen“) noch mit unintelligenten Abschottungsmaßnahmen („auf die Straße setzen“) abgetan, sondern bedarf eines harten Kerns – Wahrung der Menschenrechte, Integration in umschreibbaren Sachverhalten – und gleichzeitig einer Entfaltung von Hilfsbereitschaft und Toleranz; die Arbeitnehmerbewegung tut sich noch schwer im Umgang mit diesen Dingen. Tatsächlich werden eine prosperierende Wirtschaft und eine ausreichende soziale Versorgung nicht alle Migrationsprobleme lösen können.²⁵ Wie sich die Sozialversicherungssysteme im internationalen Benchmarking tun werden, wird abzuwarten sein. Wie sich die Zukunft öffentlich-rechtlicher Medien entwickeln wird, werden wir sehen. Welche Berufsberechtigungen wir anpassen müssen, ist Sache der nächsten Jahre. Die Konturen dessen,

wie sich die Konvergenz der Bildungssysteme weiter entwickelt, zeichnet sich ab. Viele Probleme dieser Art stehen an.

5. Von der Marktaversion zur Leistungsethik

Die sozialdemokratische Variante der „sozialen Demokratie“ hat seit der Nachkriegszeit auf einer Aversion gegen Marktgesetzmäßigkeiten beruht, die es manchen Politikern aus dem linken Lager oder aus Interessenverbänden – allen marktwirtschaftsfreundlichen Bekundungen zum Trotz – als vorzugswürdig erscheinen ließ, Menschen durch sozialpolitische Maßnahmen aus dem Markt herauszunehmen.²⁶ Es gab Kreise, die – bei allem Einsatz für Beschäftigungspolitik – nicht unbedingt an die Bedürfnisse oder Notlagen der Klienten anknüpften, sondern es klammheimlich begrüßten, wenn jemand durch marktunabhängige, das heißt staatliche Alimentierung von dem verabscheuungswürdigen Zwang, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, freigestellt werden konnte:²⁷ Jeder Sozialhilfeempfänger ist ein sozialer Erfolg. Jede Ausweitung von wohlfahrtsstaatlichen Budgets ist ein politischer Erfolg. Jedes Budgetdefizit ist unbeachtlich, wenn es nur guten Zwecken dient.

Der Aufstieg des Marktparadigmas in den letzten Jahrzehnten lässt den *Schutz vor dem Markt* als Kernelement eines politischen Programms unglaublich und unrealistisch erscheinen. Das „wohlfahrtsstaatliche Projekt“ verliert seine „utopischen Energien“, die es sich fälschlich appropriert hat;²⁸ denn dieses Projekt war in Wahrheit (glücklicherweise) immer ein recht pragmatisches und kein utopisches. Doch Politik, auch wohlfahrtsstaatliche Politik, muss heute anders ansetzen als mit dem Ziel der Befreiung vom Markt: Es kann sich nicht mehr um die Schaffung von Nischen eines *erleichterten Lebens* und *verringerten Arbeitsmühe* inmitten einer „feindseligen“, das heißt leistungsfordernden Umwelt handeln, sondern es muss sich um die Angleichung von Lebenschancen durch Hilfe zur Marktbewährung handeln. Das ist eine Strategie des *Empowerment*. Eine *Schlaraffenland-Ideologie*, die ohnehin nie gestimmt hat, ist endgültig als obsolet erwiesen.

Die Herausnahme aus dem Markt kollidiert nicht nur mit einer weithin akzeptierten Antiverschuldungspolitik, weil der freizügige Ersatz privaten Einkommens durch öffentliches auf Dauer unbezahlbar wird; es regt sich auch der Verdacht, dass langfristig fortgesetzte Abhängigkeit soziale Pathologien produziere, insbesondere auch den Verlust der Fähigkeit zu verantwortlicher sozialer Teilhabe. Das weitverbreitete Bewusstsein „Gerechte Sozialpolitik heißt, dass den anderen genommen und mir gegeben wird“ muss nicht noch gefördert werden. Als Ziel von sozialpolitischen Maßnahmen wird heute weithin anerkannt, dass die Klienten nach Tunlichkeit zur Lebensführung aus eigenen Kräften zu befähigen sind. Wirtschaftlicher Zwang gilt nicht mehr per se als persönlichkeitsdeformierendes Unheil, sondern wird auch als charakterbildende Kraft gesehen. Die Menschen im Wettbewerb halten und sie dazu wieder befähigen – „employability fördern“ hat Programm der Sozialpartner zu sein.

Zum neuen geistigen Gehalt einer Politik im 21. Jahrhundert, auch einer Arbeitnehmerpolitik, gehört eine *neue Leistungsethik*: Auch die alte Arbeiterbewegung hat ihre sozialen Absicherungsideen immer mit einem Ethos der manuellen Arbeit als Quelle aller Werte verbunden. In jeder Gesellschaft war die Sorge für die ihr Angehörigen mit der selbstverständlichen Verpflichtung verbunden, dass jeder nach seinen Kräften zum Wohl des Ganzen beizutragen habe. Die Gesellschaft hat die Verpflichtung, einen Arbeitslosen nach Kräften zu unterstützen; und der Arbeitslose hat die Verpflichtung, sich nach Kräften um eine neue Arbeit zu bemühen. Das Heer der strahlenden, braungebrannten, bergsteigenden und „kurenden“ Frühpensionisten muss nicht mit allen Mitteln verteidigt und vermehrt werden. Dass es Personen gibt, die unter turbokapitalistischen Turbulenzen zu leiden haben, ist ebenso offenkundig wie der Umstand, dass es arbeitsscheue Personen gibt, die nichts mehr fürchten als einen Arbeitsplatz. Die augenzwinkernde Nutzung sozialstaatlicher Programme ist zurückgedrängt, aber noch nicht beseitigt. Da in der konsumistischen Gegenwartskultur ein Ethos der Arbeit immer weniger zur Verfügung steht, weil es unter anderem durch eine marktturbulente Event- und Konsumkultur – die ja den wirklichen, alle Lebensbereiche aufzehrenden Sieg einer Wirtschaftsmentalität ausmacht, die den Menschen nur noch auf seine Rolle als Arbeitskraft und Konsument reduziert – abgebaut wird²⁹, werden auch die Sozialpartner akzeptieren müssen, dass an die Stelle dieses Ethos weithin die *Disziplin des Marktes* tritt. Diese passt ohnehin besser zum dominierenden Selbstentfaltungs- und Autonomiebewusstsein. Das bedeutet eine Neugewichtung, auch bei weiterhin gültiger Anerkennung der beiden Prinzipien: Erstens, der Wohlfahrtsstaat, eine großartige Errungenschaft³⁰, braucht sein Gegengewicht, den Markt. Zweitens, der Markt braucht sein Gegengewicht, den Wohlfahrtsstaat.³¹

6. Vom etatistischen System zur Symbiose von Markt und Staat

Ein hohes Maß an Vertrauen in die Superiorität staatlicher Regelungen und Interventionen ist zeitweise für eine Arbeitnehmervertretung kennzeichnend gewesen, die sich den Launen eines ungebärdigen Kapitals ausgesetzt sah. Der Gedanke, dass sich die wirtschaftlichen Prozesse am besten von einer zentralen Instanz aus steuern ließen, hat – allen Dementis und Proklamationen zum Trotz – immer noch insofern Spuren hinterlassen, als man jedes Mal, wenn ein Problem irgendeiner Art auftauchte, ohne Umschweife die Verantwortung der Politik angerufen hat. Diese Ära ist vorüber: Ohne Politik unterschätzen zu wollen – es ist ein guter Grundgedanke, dass die Menschen in erster Linie *für ihr Leben selbst verantwortlich* sind. Nicht an allem ist „die Gesellschaft“ schuld. Und nicht für jedes Problem ist „der Staat“ zuständig. Der *Pawlowsche Etatismus* hat ausgedient.

Der hemmungslose Umgang mit den *Verschuldungspotentialen* des Staates war ohnehin immer der Kurzsichtigkeit und nicht der Gerechtigkeit

geschuldet. Es ist kein Zeichen von Anstand, aus Gründen kurzfristiger politischer Opportunität der nächsten Generation die unbeglichenen Rechnungen zu hinterlassen. Eine wesentliche Herausforderung der Demokratie „erwächst aus ihrer angeborenen Neigung, vorrangig ‚die Bedürfnisse des Augenblicks‘ [...] zu befriedigen – zu Lasten der Zukunft. Die Lastenverschiebung auf spätere Generationen ist bequem, begünstigt den Machterwerb und Machterhalt hier und heute und ist politisch relativ einfach zu bewerkstelligen. Denn die zukünftigen Generationen haben weder Stimmrecht noch sonstige Machtressourcen. Dadurch kommen die lautstarken Interessen der Gegenwart, vor allem die für Machterhalt oder -verlust ausschlaggebenden Interessen, um so besser zum Zuge. Doch die Lastenabwälzung auf die Zukunft kann auf ihre Urheber zurückschlagen, wenn ein Teil der Abwälzungsfolgen schon in der Gegenwart spürbar wird. Dies ist z.B. im Fall der Staatsverschuldung gegeben, zu der auch die Demokratie neigt. Die Bedienung einer hohen Staatsverschuldung mit Zins und Tilgung allerdings verknappt den haushaltspolitischen Spielraum außerordentlich, erschwert die Zukunftsvorsorge und behindert zudem die Reaktions- und Gestaltungsfähigkeit in der Gegenwart nachhaltig.“³² Ausgabendisziplin ist für alle politischen Lager zu einem Imperativ geworden, allenfalls natürlich hingezogen über einen Konjunkturzyklus, aber jedenfalls nicht im Sinne der Ausschöpfung aller Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt, dessen Wirkungsmechanismen ja auch nicht so gestaltet sind, dass die Auswirkungen einer Verschuldungspolitik vorrangig den Arbeitnehmern zugute kommen.

Der Staat soll *stark*, aber nicht *groß* sein. Das ist auch für Arbeitnehmer gut. Dabei ist die einfache Entgegensetzung von Markt versus Staat im Grunde eine Diskussion von gestern. Bei allen praktischen Fragen geht es immer häufiger um brauchbare *institutionelle Mischungen*: um New Public Management; um regulierte Märkte; um Verschränkungen öffentlicher und privatwirtschaftlicher Aufgabenerfüllung. Die Gestaltung dieser Bereiche ist kompliziert, und in vielen Fällen geht es nur um Versuche, Experimente, Probe-Designs – und diese ließen sich trefflich unter Beteiligung der Sozialpartner anstellen. Es gibt in diesen neu zu erschließenden Politikfeldern keine Rezepte, sondern man muss Erfahrungen sammeln, wie man eine sinnvolle Balance zwischen Einflussphären zustande bringt. Dort spielen sich die wirklichen Probleme ab, nicht bei der klassischen Markt-Staat-Konfrontation.

Das Entstaatlichungsprogramm hat natürlich auch seine Grenzen, und man müsste die Augen ganz fest zukneifen, um zu glauben, dass man sich um sie nicht kümmern muss: Nicht immer sind vorgebliche Privatisierungen, bei denen die eine Gebietskörperschaft durch eine andere ersetzt wird, tatsächliche „Verkäufe“, und es handelt sich schon gar nicht um „Entstaatlichungsinitiativen“. Zuweilen kommt der Verdacht auf, dass öffentliches Vermögen auf für den Käufer günstigste Weise in Privatvermögen umgewandelt wird. Auch dubiose Ausgliederungen, bei denen Vermögenswerte von einer im öffentlichen Besitz befindlichen Gesellschaft übernom-

men werden, sind nicht immer überzeugende Lösungen.³³ Deregulierungsinitiativen haben in einigen Fällen zu großartigen Leistungssteigerungen und Preissenkungen geführt; aber in manchen Fällen bleibt die Ratio rätselhaft. Jedenfalls wären die unterschiedlichen Fälle eine sachkundige Debatte wert, eine Debatte, die freilich nicht mit Pauschalbekundungen – „Verschleuderung öffentlichen Vermögens“ auf der einen Seite und „Belastungsverminderung des Steuerzahlers“ auf der anderen Seite – geführt werden darf. Die Sozialpartner haben sich ihre Reputation seinerzeit nicht zuletzt dadurch erworben, dass Sachargumente (bei allem politischen Hintergrundverständnis) in ihren Überlegungen eine große Bedeutung besaßen, und dadurch, dass sie – mehr pragmatisch als ideologisch – auch einmal über ihren Schatten springen konnten. Das sind Qualitäten, die das politische Leben in Zeiten wie diesen brauchen könnte, in denen tatsächlich bei vielen Problemen „soziale Innovationen“ erforderlich sind.

7. Von der alten zur neuen Sozialpolitik

Das Ziel, *soziale Gerechtigkeit* zu verwirklichen, bleibt aufrecht, gerade in tiefgreifenden Transformationsprozessen. Aber das bedeutet keinen dogmatischen Traditionalismus. Es bedeutet vielmehr, jenen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können; jene zu fördern, die ihre Potentiale entfalten wollen; jenen Überbrückung zu leisten, die sich in transitorischen Verhältnissen befinden; und jene zu tadeln, die es sich auf die billige Tour und zu Lasten der anderen „richten“ wollen.

Soziale Gerechtigkeit ist etwas anderes als *formale Gleichmacherei*; sie schließt die *Herausforderung zur Leistung* ein. Es ist ein *neuer Produktivismus* angesagt: Es gibt keinen Schutz mehr vor den Leistungszumutungen des Marktes, sondern vorrangig Hilfe bei ihrer Bewältigung. Die individuellen „Anfangspotentiale“ im Wettbewerbsgeschehen sind zu korrigieren, nicht die Ergebnisse unter dem Titel einer egalitär verstandenen Gerechtigkeitsauffassung, die mit Vorliebe an die *schlechteren Instinkte der Menschen*, an den Neid allzumal, appelliert. Eine Verbesserung der Marktchancen für jedes Mitglied der Gesellschaft ist anzustreben. Dass die Ergebnisse des Wettbewerbs nicht allen Wünschen Rechnung tragen, wird sich nicht vermeiden lassen. Die egalitäre Demokratie nach der produktivistischen Wende zielt demgemäß auf den Aufbau von fair verteilter Wettbewerbsfähigkeit.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht, ein verpflichtungsloses Anspruchsdenken zu fördern: der „Staat“ möge zahlen, die „Reichen“ mögen zahlen, die „anderen“, wer immer dies auch jeweils sein mag, mögen zahlen. Ein angemessenes Verhältnis von Rechten und Pflichten ist vorauszusetzen und immer wieder zu bekräftigen. Es ist auch eine Aufgabe der öffentlichen Einrichtungen, eines öffentlichen Diskurses, dies bewusst zu machen. Politik, auch Arbeitnehmerpolitik, ist nicht nur das Reich der Versprechungen, sondern auch jenes der Herausforderungen. Politische Kultur wird nicht gedeihen, wenn man immer an die Schwächen der Menschen appel-

liert, an ihre Ressentiments, ihre Faulheit und ihre Gier. Das war nie Kennzeichen der klassischen Arbeiterbewegung, es ist stete Versuchung in populistischen Zeiten. Arbeitnehmerpolitik muss im Gegenteil die besten Seiten der Menschen herausstellen und diese pflegen und entfalten. Das geschieht auch jenseits konkreter Versprechungen; zuweilen gilt es auch Grundsatzfragen zu thematisieren, im Hinblick auf die man nichts „tun“ kann.

Herausforderungen sind nicht gleichbedeutend mit beliebigen Forderungen oder mit Überforderung. Natürlich gibt es Flexibilisierungsgrenzen, das heißt aber auch: Grenzen des liberalen Programms. Der Markt ist immer ebenso innovativ wie destruktiv.³⁴ Die Wahrnehmung einer adäquaten Rolle für Marktprozesse heißt nicht, dass man seinen Frieden macht mit allen Formen einer neoliberalen Ideologie. Globalisierungsjubel ist begrenzt glaubwürdig: Auch die gute Botschaft, dass man sich dies und jenes in Zukunft selbst zahlen müsse und dadurch einen ungeheuren „Freiheitsgewinn“ erzielen könne, ist nicht immer überzeugend. Der „flexible Mensch“³⁵ ist ein Elitenprogramm, keine verstehbare Lebensperspektive für alle und gerade für „Normalmenschen“ sehr oft kein erstrebenswertes Modell. Je dynamischer und vermarktlichter die Gesellschaft ist, desto schwerer tut sie sich mit Halbleistungsfähigen, die gleichwohl, da man sie nicht wegzaubern oder zur Gänze gettoisieren kann, integriert werden müssen. Es bleibt gültig, dass ein Markt im Rahmen von Normen funktioniert; dass eine Gesellschaft ohne Vertrauen gar nicht funktioniert;³⁶ und dass deswegen der Wohlfahrtsstaat³⁷ eine gewohnte und geschätzte Konfiguration ist.³⁸ Alle diese alten Besorgnisse und Warnungen sind zutreffend, so neoliberal und liberalprogressiv sich die Wirtschaftspropaganda auch geben mag.³⁹

Natürlich geht es somit trotz des Perspektivenwechsels um *Reform und Aufrechterhaltung des Sozialstaates*, den in Wahrheit kein vernünftiger europäischer Politiker demontieren will; die treffende Formulierung ist die von der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“. Da stimmt es nachdenklich, wenn politische Kreise sich mit einer solchen Formulierung nicht anfreunden können, handelt es sich doch um einen essentiellen Bereich dessen, was immer vernünftige Sozialpartner-Politik ausgemacht hat. Die solidarische Hochleistungs-Gesellschaft ist gleichermaßen ein *politisches* und ein *wirtschaftliches* Konzept. Es gilt das Resümee Franz-Xaver Kaufmanns: „Wenn es [...] richtig ist, dass Sozialpolitik es mit der *Vermittlung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft* zu tun hat, oder moderner formuliert: mit der Abarbeitung der Folgeprobleme einer funktionsorientierten Struktur differenzierung sich modernisierender Gesellschaften, so kann es nicht genügen, die Dinge *entweder* aus der Sicht des Staates – also juristisch oder politikwissenschaftlich – *oder* aus der Sicht der Marktwirtschaft bzw. einem breiter ansetzenden Konzept der Versorgung und der Wohlfahrtsproduktion – also ökonomisch oder soziologisch – zu betrachten. Es kommt vielmehr gerade auf eine Verschränkung der disziplinären Perspektiven an, um das hybride Gebilde ‚Sozialpolitik‘ oder ‚Sozialstaat‘ in

seiner Eigenart zu erfassen. Und es genügt ebenso wenig, Sozialpolitik nur im Hinblick auf ihre unmittelbaren Wirkungen auf die Lebenslagen und Entfaltungschancen von Individuen hin zu diskutieren.“ Sozialpolitik habe „neben personfunktionalen auch systemfunktionale Aspekte. Diese zur Sprache zu bringen fällt schwer in einer auf individualistische Selbstentfaltungswerte festgelegten Kultur. Die individuellen Nutzen allein könnten jedoch in der Regel keine politischen Mehrheiten mobilisieren. Sozialpolitik, auch soziale Umverteilungspolitik, ist eine Weise, in der sich ein Gemeinwesen seiner basalen Solidarität versichert. Und es tut dies um kollektiver Nutzen wie der Humankapitalbildung, der inneren Pazifizierung oder der Verwirklichung akzeptierter Werte willen.“⁴⁰

Es geht – erstens – in manchen Bereichen wohl um eine *neue Ziel-sicherheit*: Die Sozialpolitik wird sich ein wenig zielgerechter geben müssen, sie muss nicht alle Bereiche der Mittelschichten bevormunden und nicht alle Probleme der Welt lösen, sondern die wirklichen Härten angehen.

Es kann aber auch – zweitens – *Selbstbehalte und Mischverhältnisse* geben, aus Finanzierungsgründen ebenso wie aus Steuerungsgründen; und die Einschwörung auf eine „Gratismentalität“ in allen Lebensbereichen, die beliebige luxuriöse Ansprüche als den „unteren Rand“ menschenwürdigen Lebens ansieht, ist gleichermaßen unrealistisch wie sozial ungerecht.

Damit ist – drittens – die „Unantastbarkeit“ der „Kernbereiche“ des Wohlfahrtsstaates, auch im Sinne *universeller Abdeckung*, durchaus vereinbar: Eine umfassende Krankenversicherung gehört in die Kategorie Chancengleichheit, nicht in die Kategorie Bevormundung, wie dies manche sehen wollen, und es gibt auch im internationalen Vergleich keine guten Gründe, wesentliche Vermarktlichungsinitiativen im Bereich der Krankenversorgung zu setzen. Die Vereinigten Staaten machen es vor, wie man mit viel Geld in einem marktförmigen Ambiente schlechte Resultate erzielen kann, und ein komparativer empirischer Befund wie dieser ist nun einmal ein gutes Argument.

Solidarität bleibt auch in einer modernen, flexiblen, globalisierten Wirtschaft ein Wert. Aber Solidarität und soziale Gerechtigkeit bedeuten – viertens – nicht, dass man den Sozialstaat ideologisch in der Utopie einer entkommodifizierten Gesellschaft und Lebensform verankern muss. Tatsächlich ist es ein Skandal, wenn in einer reichen Gesellschaft wie dieser *Armut* herrscht. Aber Armut liegt – nur zur statistischen Erinnerung – nicht dann vor, wenn jemand unterhalb des Medianeinkommens einer Gesellschaft liegt; vielmehr geht es um die Definition „echter“ Armut, die in einer Luxusgesellschaft durchaus zu relativieren ist. Grundeinkommensvisionen sind unter den Vorbehalt realistischer Finanzierbarkeitsberechnungen zu stellen. Armut wird nicht gleich zu behandeln sein, wenn es um *selbstgewählte* Armut – einschließlich der Armut in Übergangsphasen – geht; so sind beispielsweise nicht alle alleinerziehenden Mütter, die ihren „Exkurs“ aus der Arbeitswelt genau geplant und vorbereitet haben, automatisch als gesellschaftliche „Opfer“ zu sehen. Rund zehn Prozent der Bevölkerung

sind hingegen offenbar von dauernder Armut geplagt, und sie können sich auf dem Arbeitsmarkt nicht gut situieren; die meisten von ihnen nicht unbedingt aus eigenem Verschulden, manche von ihnen hingegen durchaus mit dem Kalkül sozialstaatlich abgesicherter „Gemütsruhe“.

Asoziale Elemente gibt es – fünftens – auf beiden Enden der sozialen Skala: am oberen Ende jene, die sich mit Hilfe wirtschaftsnaher Dienstleister der Steuerpflicht und allen sonstigen Verpflichtungen der „Bürgergesellschaft“ geschickt entziehen oder in jenen Grauzonen des Arbeitsmarktes Geld verdienen, in denen tatsächlich oft Ausbeutung herrscht; am unteren Ende viele von jenen, die Karl Marx einst als „Lumpenproletariat“ beschrieben hat und die es – als Mentalitätskonstellation – natürlich nach wie vor gibt.

In der Perspektive sozialer Gerechtigkeit sind – sechstens – auch manche überkommenen primitiven Progressismen überdenkenswert. In manchen Kreisen herrscht beispielsweise eine Feindschaft gegenüber der herkömmlichen Familie, die für den Kernbestand der Arbeiterschaft nie typisch war. Von manchen erhält etwa alles, was nicht der konventionellen Ehe entspricht, blinden Applaus, und alles, was ihr ähnelt, verfällt dem Hohn. Auch wenn sich der diffus-linke, aber schicke Progressismus in den lebensnahen Milieus einer Arbeitnehmerbewegung niemals wirklich verankern konnte, ist doch seine Wirkung zuweilen spürbar und beeinflusst die politische Agenda. In Wahrheit handelt es sich um überholte Traditionsbestände aus dem vorigen und vorvorigen Jahrhundert. Die Frage, wie das „gute Leben“ in Zukunft aussehen kann, wird in einer umfassenderen Weise zu diskutieren sein.⁴¹

8. Schlussbemerkungen

Es wächst eine neue *Governance*-Struktur – nach dem nationalstaatlichen Konsens des 19. Jahrhunderts und dem wohlfahrtsstaatlichen Konsens des 20. Jahrhunderts. „Governance“ als sozialwissenschaftliches Modewort bringt zum Ausdruck, dass Politik vielgestaltiger wird, ein Mehrebenenmodell, ein Bargaining-System mit staatlichen und nichtstaatlichen Partnern. Sie schließt auch die Zivilgesellschaft ein, deren Ausprägungen in den letzten Jahren ein neues Interesse gefunden haben: intermediäre Assoziierungen, Gruppen, Vergemeinschaftungen zwischen Individuum und Staat.⁴² Dazu gehören letzten Endes auch die Interessengruppen. Weder ist die „Verstaatlichung“ ihrer Aufgaben empfehlenswert in Zeiten, in denen staatliche Bürokratien eher abgeschafft werden, noch ist ihre Überflüssigkeit in Zeiten hegemonialer Vermarktlichungsideologien plausibel zu machen.

Die alte Sozialpartnerschaft ist tot, es lebe eine neue Governance-Struktur. Diese erfordert eine Reorientierung, auf allen Seiten. Nach dem Paradigmenwechsel, der als Gewöhnungsprozess einige Zeit dauert und für manche schmerzhaft ist, ist ein neues korporatistisches Verhandlungsregime möglich und angebracht. Auch in einer entrepreneurialen Welt wird

es sinnvoll sein, ein paar korporatistische Säulen – in etwas modernisiertem Design – in das demokratische Gebäude einzubauen.

Anmerkungen

¹ Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft (The Coming of Postindustrial Society. A Venture in Social Forecasting, 1973), Reinbek b. H. 1979.

² Alain Lipietz, Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy (Europe and the International Order), Cambridge 1992.

³ Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, 2. Aufl., Wien-Köln-Graz 1996.

⁴ Manfred Prisching, Die Sozialpartnerschaft. Modell der Vergangenheit oder Modell für Europa, Wien 1996.

⁵ Gerhard Lehmbruch und Philippe C. Schmitter (Hg.), Patterns of Corporatist Policy Making, Beverly Hills-London 1982; Philippe C. Schmitter und Gerhard Lehmbruch (Hg.), Trends Towards Corporatist Intermediation, Beverly Hills-London 1979.

⁶ Ich habe die folgenden Prinzipien herausgearbeitet in dem Artikel Die Sozialpartnerschaft auf dem Weg zum Neo-Neo-Korporatismus, Österreichisches Jahrbuch für Politik 2001, 299-320.

⁷ Die Sozialpartner haben in der Tat auch viel gestaltet, so viel, dass Kritiker ihr immer vorwarfen, eine demokratisch nur unzulänglich legitimierte „Nebenregierung“ zu sein. Andererseits wird auch immer wieder betont, dass die Sozialpartner vom Staat auch instrumentalisiert werden konnten; im Bedarfsfall hatte immer der eigentliche Staatsapparat das letzte Wort.

⁸ Die allgemeine politische Positionierung von Interessenverbänden wird folgendermaßen beschrieben: „Interessenverbände zielen primär auf Einfluß und nicht auf Machterwerb. Sie suchen zugunsten einer meist sozial bzw. funktional klar abgrenzbaren Klientel, der sie bestimmte Anreize bzw. Leistungen in Aussicht stellen, auf politische Entscheidungen einzuwirken. Die Mittel der Intervention sind variabel; sie umfassen u.a. Einflußnahme auf die öffentliche Meinungsbildung, Wahlkampfhilfe für bestimmte Parteien, Lobbying, Beteiligung an Hearings und Expertengremien, Kooperationsverweigerung gegenüber Regierung und Administration, Protest und Bestechung. Ähnlich wie die Parteien weisen Interessenverbände eine Verankerung in der Lebenswelt der Bürger auf, die - je nach Art des Interesses - zentrale oder auch marginale Aspekte betreffen kann. Abhängig von der Art des politischen Systems und dem Typ des Interessenverbandes ist auch die Einbindung in das politisch-administrative System mehr oder weniger eng. Korporatistische und klientelistische Systeme privilegieren dauerhaft bestimmte Interessenverbände; ausgesprochen pluralistische Systeme neigen stärker zu situativen Kontakten und Austauschprozessen; manche staatszentrierten Systeme schirmen sich eher generell gegenüber organisierten Interessen ab.“ Dieter Rucht, Soziale Bewegungen und ihre Rolle im System politischer Interessenvermittlung, in: Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2000.51-69.

⁹ Rainer Weinert, Voluntarismus, Oligarchisierung und institutionelle Entkopplung. Institutionenbildung und Institutionenpolitik der Europäischen Zentralbank, in: in: Maurizio Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften (Sonderheft 40 der KZSS), Opfaden 2000, 68-92.

¹⁰ Vgl. dazu Volker Bornschie, State-building in Europe. The Revitalization of Western European Integration, Cambridge 2000.

¹¹ Vgl. dazu auch Manfred Prisching: Die eingeschränkte Leistungsfähigkeit postmoderner Politik, in: Andreas Khol u.a. (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999, Wien-München 2000, 469-497.

¹² Wobei das Wort von den „geschlossenen Grenzen“ die Sachlage natürlich überzeichnet; gerade ein kleines Land wie Österreich mit intensiver Außenhandelsverflechtung – eine

SMOPEC (small open economy) – musste ohnehin auf seine besonderen Bedingungen Obacht geben.

¹³ Lester Thurow, *Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe, and America*, New York 1992.

¹⁴ Lester C. Thurow, *Die Null-Summen-Gesellschaft. Einkommensverteilung und Möglichkeiten wirtschaftlichen Wandels* (engl. *The Zero-Sum Society. Distribution and the Possibilities for Economic Change*, New York 1980), München 1981.

¹⁵ Vgl. den Überblick bei Peter H. Hartmann, *Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung*, Opladen 1999.

¹⁶ „Seit die reflexive Modernisierung um sich gegriffen hat, haben sich die Verbindungen zwischen klassengebundenem und kollektivem sozialem Engagement extrem gelockert. Früher bestanden verschiedene Verbindungen zwischen der Zugehörigkeit zu einer Klasse und gemeinschaftlichem Erleben und Handeln. Eine dieser Verbindungen ergab sich aus der räumlichen Abgegrenztheit und der gemeinsamen Berufserfahrung im lokalen Bereich. Viele dieser traditionellen Zusammenschlüsse – insbesondere Zusammenschlüsse der Arbeiterklasse – sind seither in die Brüche gegangen. Neue Formen der Abgrenzung, die sich aus globalisierten Schichtentrennungen ergeben, führen nur in seltenen Fällen zu den gleichen Beziehungen der Klassensolidarität.“ Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a. M. 1997, 197.

¹⁷ Rucht 2000, 57.

¹⁸ Theo Pirker, *Vom ‚Ende der Arbeiterbewegung‘*, in: Rolf Ebbighausen, Friedrich Tiemann (Hg.): *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?* Opladen 1984, 39-51.

¹⁹ Diese Bemerkung betrifft nur den Sozialpartnerkonsens. Dass es andere, etwa parteipolitisch-koalitionäre Gründe geben kann, die gleichfalls in ähnliche Konstellationen von Postenbeschaffung, Postenverteilung oder Postenverdoppelung münden, ist eine andere Sache.

²⁰ Wolfgang Streeck, *Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie?*, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt-New York 1998, 11-58.

²¹ Ein Beispiel bietet Klaus von Beymes Beschreibung des postmodernen Staates: „Die *Rationalität der Teilsysteme* wird gesteigert, die *Irrationalität des Ganzen* wächst. Diese Grunderfahrung der klassischen Moderne führte jedoch nicht mehr zur Suche nach einer integrierenden Klammer, sondern nur noch zur Suche nach Mechanismen, wie Handeln in den auseinanderdriftenden Teilsystemen noch koordiniert werden könnte. Selbststeuerungspotentiale wurden in der Realität entdeckt und lösten auch in der Theoriebildung ein Aha-Erlebnis aus. Ungelöst blieb bei solchen Vermittlungen zwischen empirischen Befunden und theoretischen Ansätzen, welches Ausmaß der Selbststeuerung realistisch ist. Wilke hat der anarchistischen Idee ausschließlicher Selbststeuerung, die von der autopoietischen Theorie eigentlich nahegelegt wird, widerstanden. Wir werden mit dem Paradoxon entlassen, daß die List der Gesellschaft zwar zur Entzauberung des Staates geführt habe. Der Staat aber entwickelte Gegenlisten in Form von Verhandlungssystemen. Politik wurde damit der Ökonomie immer ähnlicher. Die Theorie der Macht als oberstes Steuerungsmittel der Politik wurde abgelöst durch die *Theorie des politischen Tauschs*“ (142f.; Literaturhinweise weggelassen). Klaus von Beyme, *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1991.

²² Das gilt natürlich auch für entsprechende Regierungskonstellationen; eine große Koalition kann besonders durchsetzungsfähig oder besonders sklerotisch sein. Das lässt sich aus der formalen Konstellation heraus nicht von vornherein sagen.

²³ Claus Offe, *Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Streß der europäischen Integration*, in: Wolfgang Streeck (Hg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt-New York 1998, 99-136.

²⁴ In andere Bereiche führen Themen wie: Man kann wirklich nicht guten Gewissens gleichzeitig für die Neutralität und gegen eine gezielte Bewaffnung des Bundesheeres sein.

²⁵ Vgl. dazu etwa Karl Acham, *Ökonomismus - Politischer Moralismus - Multikulturalismus*.

Eine gegenwartsdiagnostische Betrachtung, in: Harald Eitner, Günter Getzinger, Werner Hauser und Wolfgang Muchitsch (Hg.), *Res Publica* (Festschrift für Peter Schachner-Blazizek zum 60. Geburtstag), Graz 2002. 195-211. „Derzeit überdeckt eine leidlich prosperierende Wirtschaft die in einigen europäischen Ländern bestehenden latenten Spannungen zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Immigranten. Allein durch die Wirtschaft ist aber Integration nicht zu leisten, dazu bedarf es auch gemeinsamer kultureller Orientierungen, die sich nicht auf eine Konfliktvermeidungsstrategie beschränken können. So wichtig eine solche auch ist – sie bleibt eine Form des ‚Sich-aus-dem-Weg-Gehens‘. Sie ist äquivalent dem Gegenteil eines heißen Kriegs, nämlich dem kalten Frieden unter dem Namen der Toleranz. Wenn also heute auf der Grundlage entsprechender ökonomischer Ressourcen und der dadurch ermöglichten technischen Effizienz oftmals Konfliktvermeidung im Namen der Politik stattfindet, so bleibt eine solche im Ergebnis unbefriedigend für all jene Minderheiten, die vom Politischen mehr erwarten als den Betrieb dessen, was ohnehin der Fall ist. Dennoch belässt man es im Regelfall bei einem Konfliktmanagement, begleitet von der Pflege eines bunten erlebnisgesellschaftlichen Allerleis, insbesondere einer florierenden Psycho- und Sinnstiftungsindustrie, einer medial vermittelten narzisstischen Selbstexplikation und des dazugehörigen exhibitionistischen Film- und Literaturschleims.“ (209f.)

- ²⁶ Gösta Esping-Anderson, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton, NJ 1990.
- ²⁷ Joshua Cohen und Joel Rogers, *Can Egalitarianism Survive Internationalization?*, in: Wolfgang Streeck (Hrsg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt-New York 1998, 175-193.
- ²⁸ Jürgen Habermas, *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, in: *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt a. M. 1985.
- ²⁹ Daniel Bell, *Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit* (*The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York 1976), Frankfurt a. M. 1976; Manfred Prisching, *Die McGesellschaft. In der Gesellschaft der Individuen*, Graz-Wien-Köln 1998.
- ³⁰ Franz-Xaver Kaufmann, *Towards a Theory of the Welfare State*, in: *European Review* 8 (2000), 291-312.
- ³¹ Robert Kuttner, *Everything for Sale. The Virtues and Limits of Markets*, New York 1997.
- ³² Manfred G. Schmidt, *Entwürfe demokratischer Regierungsweise und die Zukunft der Demokratie*, in: *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin 2000, 512.
- ³³ Dass Privatisierungsinitiativen mit einem reflexhaften Superioritätsanspruch versehen werden, der verhindert, dass man ernsthaft konkrete Situationen und ihre Vor- und Nachteile durchdenkt, führt sogar dazu, dass eine so angesehene Sozialpartnerinstitution wie das Wirtschaftsforschungsinstitut in Privatisierungsspekulationen einbezogen wird; ein Staat, der überlegt, sich kompetenter und renommierter Beratungsinstitutionen zu bedienen, nur weil er im Zuge modischer Tendenzen keine Möglichkeit, einen Entstaatlichungs-Gag zu landen, auslassen will, behindert sich selbst.
- ³⁴ Albert Hirschman, *Rival Interpretations of Market Society: Civilizing, Destructive or Feeble?*, in: *Journal of Economic Literature* 20 (1982), 1463-1484.
- ³⁵ Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.
- ³⁶ Francis Fukuyama, *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity*, New York et.al. 1995.
- ³⁷ Manfred Prisching, *Bilder des Wohlfahrtsstaates. Sozioökonomische Studien*, Marburg 1996.
- ³⁸ Carsten G. Ullrich, *Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung*, in: *Soziale Welt* 51 (2000), 131-151.
- ³⁹ Es gibt Einkommensgruppen, die seit Jahren stagnieren oder absinken, und sie schätzen es zu Recht nicht, wenn ein Bankdirektor sich sein „sauer verdientes“ Pensionsgeld in der Höhe von fünfzig Millionen Schilling (aus steuerlichen Gründen vorzeitig) auszahlen lässt.
- ⁴⁰ Franz-Xaver Kaufmann, *Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Bedeutung*, in: *Grundlagen der Sozialpolitik*, Bd. 1: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Baden-Baden 2001, 3-102, hier 99f.

⁴¹ Vgl. Manfred Prisching, Auf dem Weg zu einem neuen Sozialstaat, in: Christopher Drexler, Herwig Hösele, Manfred Prisching and Herbert Roßmann (Hg.), *Streben nach Gerechtigkeit. Soziale Sicherheit nach dem Umbruch*, Graz 2002, 15-35.

⁴² Helmut K. Anheier, Eckhard Priller and Annette Zimmer, Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors, in: Hans-Dieter Klingemann and Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin 2000, 71-98.